

Ein humaner Rechtsstaat ist der Garant für Freiheit und Demokratie



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu K13

Von Zeile 339 bis 340 einfügen:

Information, Erinnerungskultur und Begegnung werden. Ihr Ziel soll es sein, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu fördern.

Islamismus und Extremismus konsequent bekämpfen

Wir Grüne lehnen jegliche islamistische und extremistische Bestrebungen konsequent ab. Islamist*innen bekämpfen unsere liberale Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Gemeinsam mit unseren europäischen Partner*innen stehen wir für eine Meinungsfreiheit, die auch Kritik oder Spott an Religionen umfasst.

Die Anschläge von Wien, Nizza, Conflans-Sainte-Honorine und Dresden haben noch einmal gezeigt, dass wir gegenüber dieser Gefahr einen starken und handlungsfähigen Rechtsstaat und eine aktive Zivilgesellschaft brauchen. Das geht nur gemeinsam mit den Muslim*innen, nicht gegen sie. Anstatt eine Religion an sich zu stigmatisieren, stellen wir uns gegen Islamfeindlichkeit und wollen ein breitgefächertes und zielgerichtetes Maßnahmenpaket aus Bildung, Prävention und juristischer Härte. Dabei sind alle Instrumente kontinuierlich auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Wirksamkeit zu überprüfen. Auch gegen nichtislamistische extremistische Organisationen mit Verbindungen ins Ausland müssen wir konsequent vorgehen. Hierzu sind insbesondere auch die Grauen Wölfe („Ülkücü-Bewegung“) zu zählen.

In Baden-Württemberg haben wir die Sicherheitsbehörden für die Terrorismusabwehr gestärkt. Es braucht wirksame Instrumente für die Sicherheitsbehörden und Ausstiegsberatungen. Diese reichen von einem Ausbau der Präventionsarbeit, der Früherkennung jihadistischer Gewalttäter über die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen einer intensiven Gefährderüberwachung bis hin zu Deradikalisierungsmaßnahmen. Ein intensiver behördenübergreifender Informationsaustausch auf Landes- und Bundesebene, insbesondere im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum in Berlin (GTAZ), gilt es zu verstetigen und personell zu stärken. Zudem drängen wir auf eine Reform des GTAZ, um seine Arbeit und Zuständigkeiten klarer zu regeln.

Es ist im Sinne einer vernünftigen Integrations- und nachhaltigen Präventionspolitik, dass islamische Religion an Schulen grundgesetzkonform vermittelt wird – und auch Islamismus thematisiert. Die Ausbildung von Lehrer*innen für den islamischen Religionsunterricht soll in diesem Sinne weiter gefördert werden. Dabei muss der Einfluss aus dem Ausland politisch gesteuerter Vereine sukzessiv zugunsten in Deutschland selbstbestimmter organisierter islamischer Religionsgemeinschaften zurückgedrängt werden – das gilt auch für die Ausbildung von Imamen. Bei nachweislichen Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung sind Vereine und Verbände, islamistisch oder nichtislamistisch, konsequent zu verbieten.

Begründung

Der Kampf gegen Islamismus und Extremismus bleibt eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft, das haben die Terroranschläge der vergangenen Monate erneut gezeigt. Wir fordern ein breitgefächertes und zielgerichtetes Maßnahmenpaket aus Bildung, Prävention und juristischer Härte. Wie dieses aussieht, stellen wir in diesem Änderungsantrag dar.

Unterstützer*innen

Hans-Ulrich Sckerl (KV Neckar-Bergstraße); Marcel Emmerich (KV Ulm); Cem Özdemir (KV Stuttgart); Lysander-Noel Liermann (KV Ludwigsburg); Lukas Weber (KV Heidelberg); Felix Schmitz (KV Tübingen); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Alexander Salomon (KV Karlsruhe); Nese Erikli (KV Konstanz); Renate Ruff (KV Esslingen); Rebecca Grannemann (KV Ludwigsburg); Alexander Maier (KV Göppingen); Melis Sekmen (KV Mannheim); Kalliopi Giannadaki (KV Tübingen); Hannes Sturm (KV Freiburg); Florian Große (KV Freiburg); Colin Christ (KV Heilbronn)